Unterhaltung, Gesellschaftsleben.
Börsenbericht. Handelsteil.
Bezugspreis vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 b. 8—3 Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5, nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Dresden oder nach Festtagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Bürgschaft für die nächsttägige Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorherbezahlung durch Briefmarken oder Nachnahme.
Für Rücksende eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenexpeditionen an.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang.
Aufl. 50.000 Stück.
Dresden, 1890.

G. H. Rehfeld & Sohn
Neust. Hauptstr. 24/26 Altst. König-Johannstr 15
Fabrik v. Contobüchern

Photographische Apparate für Amateure.
Preislisten gratis und franco.
Carl Plaul,
Dresden, Wallstrasse 25.

Lederwaaren-Specialität!
Grösste Auswahl in allen Preislagen.
Geschmackvolle Neuheiten.
Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstr. 8 (unmittelbar dem Altmarkt).

Giftfrei. — Unschädlich. — Giftfrei.
Farbenkasten,
Aquarell- und Oel-Farben in Tubes.
Carl Tiedemann, Hoflieferant,
Altstadt: Marienstrasse 10 und Amalienstrasse 18.
Neustadt: Heinrichstrasse (Stadt Görlitz).

Cigarren
zu Weihnachtsgeschenken vorzüglich passend, elegant verpackt in Kistchen zu 25, 50 und 100 Stück in reichster Auswahl und zu allen Preisen bei
H. v. Wehren, Seestrasse 6.

Ferd. Gerlach Nachf.
Weinhandlung mit Probierstuben.
Gewähr für reine Naturweine.
Feinste Punsch-Essenzen, echte Rums, Aracs u. Cognacs.
4 Moritzstrasse 4
(Fernsprechstelle 321).

Nr. 355. Spiegel: Minister Herrfurth und die preußischen Conservativen, Vertrauensvotum für Crispi, Hofnachrichten, Gemeindetag, Gerichtsverhandlungen, Tagesgeschichte, Tonkünstlerverein. | Sonntag, 21. Decbr.

An die geehrten auswärtigen Leser!

Bei der bedeutenden Auflage der „Dresdner Nachrichten" ist es nothwendig, die Bestellungen auf das

erste Vierteljahr 1891

bei dem betreffenden Postamte bis **spätestens den 25. dieses Monats** bewirken zu wollen, da andernfalls auf ungestörte Fortlieferung bez. rechtzeitige Neulieferung des Blattes nicht gerechnet werden könnte.

Alle Postanstalten im Deutschen Reiche, in Oesterreich-Ungarn und im Auslande nehmen Bestellungen auf unser Blatt an.

Die Bezugsgebühr beträgt bei den Kaiserl. Postanstalten im Deutschen Reichsgebiet **vierteljährlich 2 Mark 75 Pf.**, in Oesterreich **2 Guld. 29 Kreuz.** ausschl. Aufgeld.

Für **Dresden** nimmt die unterzeichnete Geschäftsstelle während der Dienststunden Bestellungen auf das nächste Vierteljahr zum Preise von **2 Mark 50 Pf.** (einschließlich Bringerlohn) entgegen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten"
Marienstraße 38.

Politisches.

Kurz vor dem friedlichen Weihnachtsfest ist in Preußen zwischen dem Minister des Innern Herrfurth und der bisherigen parlamentarischen Gefolgschaft der Regierung, den Conservativen, ein Konflikt ausgebrochen, wie er dort selten zur Erscheinung gekommen ist. Den widerspenstigen Conservativen ist die fröhliche Weihnachtslust verkümmert, denn auf ihrem Weihnachtstisch liegt nun die mahnende und drohende Ruthe des Herrn Herrfurth: die Auflösung des Abgeordnetenhauses. Sie werden zu Hause am Christbaum zu erwägen haben, ob sie trotzig die Züchtigung heraufbeschwören oder hübsch artig sein wollen. Das Streitobjekt, um das es sich hierbei handelt, ist der Entwurf zur preußischen Landgemeindeordnung. Der Minister glaubt die ungeschmälerten Rechte der Krone wahren zu müssen, während die konservativ-klerikale Majorität für die zur Zeit noch geltenden Grundsätze der Selbstverwaltung eintritt. Bisher war in Preußen sowohl die Bildung neuer Gemeinden, d. h. die vollständige Verschmelzung früher selbständiger Landgemeinden oder Gutsbezirke, als auch die Begründung sogenannter Zweckverbände (zur Erfüllung einzelner Gemeindeaufgaben, wie des Wegebaues, des Feld- und Flurschutzes, des Armenwesens u. s. w.) von der Zustimmung aller betheiligten Selbstverwaltungsorgane abhängig. Diese Bestimmung will die preußische Regierung beseitigen, sodaß in Zukunft nach Anhörung des Kreisausschusses eine königliche Verordnung zur Bildung neuer Gemeinden und Verbände genügt, während die beiden konservativen Gruppen nebst den Ultramontanen hierbei jede Mitwirkung der staatlichen Verwaltungsbehörden ausschließen und die Gemeinde- und Verbandsbildung lediglich dem Ermessen der Selbstverwaltungskörper anheimstellen wollen. Da der auf dem Lande herrschende Großgrundbesitz, besonders in den Provinzen des preußischen Ostens, nicht selten einseitige Gesichtspunkte verfolgt und in den Kreisausschüssen, welche bisher bei der Bildung leistungsfähiger Gemeinden durch Zusammenlegung von Communen und Gutsbezirken oder bei der Schaffung von Zweckverbänden maßgebend waren, einen entscheidenden Einfluß ausübt, so ist es bei den bisherigen Gesetzesbestimmungen der Regierung unmöglich, in denjenigen Fällen, wo aus staatlichen oder anderen wichtigen öffentlichen Interessen gegen den Willen der betheiligten Selbstverwaltungsorgane eine Gemeindebildung durchzuführen wäre, dieselbe zwangsweise durchzusetzen. Hierin liegt eben der Hauptgedanke des Regierungsentwurfes, daß die letzte Entscheidung jederzeit der Krone bez. dem Minister des Innern vorbehalten bleibt und daß vor Allem die zwangsweise Vereinigung von Landgemeinden und Gutsbezirken nicht lediglich dem Ermessen der Selbstverwaltungsbehörden, insbesondere des Kreisausschusses, überlassen ist.

Zunächst geberdet man sich auf Seite der Conservativen noch recht unfolgsam und starrköpfig, besonders auf der äußersten Rechten, als deren Leiborgan die „Kreuzztg." gilt. Selbst der Landrath v. Rauchhaupt, der sich sonst immer nach Kräften bemüht hat, es mit der Regierung nicht zu verderben, fand seinem Vorgesetzten, dem Minister des Innern, gegenüber den kecken Muth, auszurufen: „Der Minister möge thun, was er wolle, die Konservativen würden ihrerseits auch thun, was sie wollten." Die Konservativen malen das Schreckgespenst einer liberalen Regierung an die Wand, welche, wenn Alles dem ministeriellen Befinden anheimgestellt wäre, Tausende von Gutsbezirken und Gemeinden mit einem Federstriche beseitigen könnte. Die Rechte der Krone aber glauben sie dadurch zu wahren, daß sie die ländliche Gemeindeverfassung als festestes Bollwerk monarchischer Institutionen in ihrer Entwickelung und ihrem selbstständigem Fortbestand und vor Beeinträchtigung ihrer rechtlichen Befugnisse schützen wollen. Einem anderen Minister gegenüber würden die Konservativen vielleicht einen weniger „schneidigen" Ton angeschlagen und von vornherein bei prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten den Weg der Verständigung, des Kompromisses, betreten haben. Aber Herr Herrfurth hat sich offenbar die Gunst eines großen Theiles der konservativen Partei durch seine bisherige Amtsführung verscherzt. Ob die bürgerliche Abstammung des Ministers, wie manche freisinnigen Blätter behaupten, in den Augen der Herren mit einer langen Ahnenreihe der entscheidende Fehler ist, mag dahingestellt bleiben; jedenfalls hat es Verstimmung erregt, daß er das Bestätigungsrecht wiederholt gegen die extremen konservativen Auffassungen und Wünsche gehandhabt, daß er Mißgriffe höherer Verwaltungsbehörden wiederholt rectificirt und daß er seinen Beamtenapparat nicht bei den Wahlen einer einzelnen Partei zur Verfügung gestellt hat. Der schwebende Konflikt kann entweder zum Rücktritt Herrfurth's, zur Auflösung des Abgeordnetenhauses oder zur Nachgiebigkeit der Konservativen führen. Nach den sehr entschiedenen Erklärungen des Ministers in der Landgemeindeordnungskommission, daß der Regierungsentwurf unbedingt durchgesetzt werden würde, scheint Herr Herrfurth bestimmt darauf zu rechnen, daß das Gesammtministerium solidarisch für ihn eintritt. Auch dürfte der Kaiser die Ansicht seines Ministers theilen und nach dem Grundsatze „hoc volo, sic jubeo" kaum zur Nachgiebigkeit gewillt sein. Sollte also selbst der willfährigere Theil der Konservativen auf dem Oppositionsstandpunkte beharren, so gäbe es für die Regierung keinen anderen Ausweg, als den Appell an das Volk, d. h. die Auflösung des Abgeordnetenhauses. Aber allem Anscheine nach wird es zu diesem äußersten Schritte, der übrigens nur eine Stärkung der deutschfreisinnigen Partei und wohl auch der Nationalliberalen erzielen könnte, nicht kommen; denn schon jetzt erklären die Freikonservativen, daß sie sehr gern die Hand zur Verständigung und Versöhnung reichen wollen. Und selbst wenn die Kommission zur Vorberathung der Landgemeindeordnung bei ihren Beschlüssen beharren sollte, um gleichsam die Dehors zu wahren, so ist damit noch lange nicht gesagt, daß nicht eine Schwenkung eintritt, sobald das Plenum des Abgeordnetenhauses, das Damoklesschwert der Auflösung vor Augen, zur entscheidenden Abstimmung schreitet.

In Italien hat noch im alten Jahre die von Crispi vielfach so überaus scharf kritisirte Opposition den Versuch gemacht, an dem verhaßten Gegner ihr Müthchen zu kühlen. Vor Kurzem waren dort zwei Minister, Seismit Doda und Giolitti, zum Rücktritt genöthigt worden und namentlich die Ursache, welche des Letztgenannten Verschwinden vom Ministersessel herbeiführte, war den Herren Irredentisten im höchsten Grade ärgerlich. Man wird sich erinnern, daß Seismit Doda bei einem Bankett in Udine, auf welchem die Zurückgabe von Triest und Trient verlangt und also gegen das verbündete Oesterreich recht fatale Forderungen geltend gemacht wurden, ruhig sitzen blieb, ohne auch nur die geringste Miene zu einem Protest gegen die begangene Taktlosigkeit zu machen. Selbstverständlich mußte dies seiner Zeit im Auslande den Eindruck hervorrufen, daß der Minister mit der allgemeinen Politik seines Kabinets nicht einverstanden und daß er für die Entlassung reif sei, wenn anders nicht auch Crispi seinen Stempel unter die Thorheit seines Untergebenen drücken wollte. In der Freitagsverhandlung des italienischen Parlamentes hat denn auch wirklich der Exminister in einer längeren Rede den Beweis erbracht, daß es sich bei ihm in Udine gar nicht um eine Fahrlässigkeit, sondern um eine bewußte Demonstration gegen die dreibundfreundliche Politik Italiens handelte. Er erklärte sogar, daß sein Vaterland unter Crispi die mannigfachsten Demüthigungen erlitten habe und spielte dabei augenscheinlich auf die Kränkung an, welche ein civilisirtes Volk empfinde, wenn ein anderes ebenso civilisirtes Volk aus das Geschrei einiger, meist kaum der Schule entlaufener Jungen ihm nicht sofort zwei blühende Provinzen auf dem Präsentirbrett darbringt. Viel Glück hat Seismit Doda nicht gehabt; nur die äußerste Linke nahm sich seiner Sache an und verließ, während 271 Abgeordnete dem alten Crispi ihr volles Vertrauen ausdrückten, unter den üblichen Lärmscenen den Saal. Ob Seismit Doda mit hinausgewandert ist, berichtet der Telegraph nicht, doch steht es zu hoffen. Immerhin ist der ganze Vorgang nicht nur ein Symptom dafür, daß der italienische Premier für die nächste Zukunft über eine kompakte, ihm ergebene Majorität verfügen kann, sondern er berechtigt auch zu der Hoffnung, daß die Stellung Italiens zu den europäischen Mächten in absehbarer Zeit einem Wandel nicht unterworfen ist.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 20. December.

Berlin. Eine Verordnung wird in Kürze erwartet, welche bestimmt, daß das Koch'sche Heilmittel nur an solche Anstalten, welche eine entsprechende Garantie bieten, nicht aber an einzelne Aerzte abgegeben werden darf. — Dem Reichstage ging die Denkschrift über den neuen Reichstagsbau zu. Danach ist die Bauausführung hinter dem 1884 ausgestellten Arbeitsplan erheblich zurückgeblieben. Als äußerster Zeitpunkt für die Fertigstellung des Baues ist mit Zustimmung der Reichsbankommission der 1. Okt. 1894 festgesetzt, in der bestimmten Erwartung, daß die Bauverwaltung mit allen Kräften bestrebt sein werde, diesen Termin einzuhalten. Wenngleich der Baufond (anfänglich 29,617,000 Mk.) zur Zeit sich als auskömmlich darstellt, so soll doch, um eine Ueberschreitung zu vermeiden, bei den weiteren Ausführungen mit der größten Sparsamkeit verfahren werden. Besonders soll die innere Ausstattung zum Theil einen lichteren Charakter erhalten, als nach den anfänglichen Plänen des leitenden Architekten dafür in Aussicht genommen war. — Die Landräthe der Kreise Schweidnitz und Reichenbach sind von der Regierung aufgefordert worden, neue Ermittelungen über die Lage der Weber im Eulengebirge, insbesondere über deren Zahl, Alter und Erwerbsquellen festzustellen.

Posen. In vergangener Nacht sind drei Dienstmädchen durch Kohlenoxydgas vergiftet worden, weil die Ofenklappe zu früh geschlossen war.

Dortmund. In der heutigen Generalversammlung des Bergbauvereins wurde die Verlängerung des Ausstandsversicherungsverbandes bis Februar 1892 einstimmig beschlossen. Eingezahlt sind bisher 1½ Millionen Mark.

Bern. Die Bundesversammlung hat heute ihre Wintersession beschlossen und wird voraussichtlich am 30. März wieder zusammentreten. Von den der Bundesversammlung zugegangenen Vorlagen sind bisher unerledigt geblieben der Entwurf über ein internationales Eisenbahnfrachtrecht, die Concession für die Jungfraubahn und die Feststellung einer endgiltigen Revision des Auslieferungsgesetzes.

London. Amtlichen Berichten zufolge ist im Westen Irlands Hungersnoth ausgebrochen. Drei Kanonenboote bringen Kartoffeln. Das Wetter ist ungewöhnlich kalt. In ganz England sind die Kanäle gefroren und die Binnenschiffahrt ist gehemmt. Der Landverkehr ist durch großen Schneefall fast zum Stillstand gebracht worden.

London. „Reuter's Bureau" meldet vom 19. d. aus Sansibar, die deutschen Zollbeamten hätten die leitenden britischen Kaufleute benachrichtigt, daß vom 1. Januar 1891 ab auf alle aus Sansibar in das deutsche Gebiet eingeführten Waaren ein Zoll von 5 Prozent erhoben werden müsse und daß beabsichtigt sei, an der Küste 8 Stationen zu errichten, zur Erhebung des Zolles und zur Verabfolgung von Pässen an die nach irgend einem anderen Hafen des deutschen Gebietes abgehenden Schiffe. Die darauf bezügliche Bekanntmachung sei infolge der Abwesenheit des Reichskommissars v. Wißmann noch nicht erfolgt.

Petersburg. Der Minister des Innern verfügte, daß alle Personen, welche als Auswanderungsagenten für Brasilien festgestellt werden, auf 1 oder mehrere Jahre in die militärische Strafkolonie des Festungsdienstes eingereiht werden sollen.

Athen. Briefe aus Kreta melden, daß vorigen Freitag bei Kladisses der verstümmelte Leichnam des Leipziger Universitätsprofessors Reins aufgefunden worden sei. Auf Veranlassung des österreichischen Konsuls leitete der Gouverneur sofort eine Untersuchung ein, welche ergab, daß Prof. Reins drei Tage vorher beim Einsammeln von Naturalien überfallen und beraubt wurde. Bisher sind 11 Personen, als des Mordes verdächtig, verhaftet, doch behaupten die Griechen, daß türkische Soldaten den deutschen Professor als einen angeblich griechischen Spion getödtet hätten.

Die **Berliner Börse** war zu Beginn verstimmt auf Nachrichten aus Argentinien, wonach der Kongreß geneigt sein soll, die Vorschläge des Londoner Comitees anzunehmen. Später befestigte sich die Tendenz etwas, hauptsächlich von russischen Noten ausgehend. Die Abschlüsse per Januar gewannen heute an größerer Ausdehnung. Im Ganzen war aber das Geschäft still. In Banken beschränkte sich dasselbe später fast ausschließlich auf Kreditaktien und Diskontokommandit. Eisenbahnen unbeachtet. Fremde Renten gut behauptet. Bergwerke, besonders Kohlen, angeboten. Im Kassaverkehr ruhiges Geschäft. In Industriepapieren überwog Realisationslust. Privatdiskont 5⅛ Prozent. Nachbörse ruhig. — Wetter: Gelind, Vormittags heiter, Nachmittags bedeckt, etwas Schnee. Südostwind.

Frankfurt a. M. (Abendbl.) Credit 266,20, Staatsb. 219,60, Lomb. 118,30, Galizier —,—, Ungarn 96,30, 4proz. Ung. Gold. 96,60, Disconto 207,60, Dresdn. Bk. 152,00, Laura —,—, Gelsenkirchen —,—, Ruhig.

Wien. (Abendbl.) Credit 361,30, Staatsbahn 238,50, Lombarden 134,25, Russenwerte 214,50, Marknoten 56,30, Ung. Credit 307,50, Matt.

Paris. (Schluß.) Rente 95,00, Anleihe 104,45, Italiener 91,30, Staatsbahn 550,00, Lombarden 310,00, ägy. Privatlitien —, Spanier 75⅝, Suezkanal 485,00, Ottomanbank 600,00, Rio-Tinto 642,50, Ruhig.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per December 26,70, per März-Juni —,—, ruhig. Schlesisch per December 27,50, per Mai-August 49,50, fest. Rüböl per December 65,50, per März-Juni 65,50, Still.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per März —, per Mai —, Roggen per März 158, per Mai 153.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der **König** und Se. Königl. Hoheit Prinz **Georg** begaben sich gestern mit 16 Cavalieren zur sogen. **Bergkellerjagd**. Die Zusammenkunft der hohen Schützen fand halb 9 Uhr Vormittags auf dem Bergkeller statt. Frühstück und Diner wurden in der Königl. Villa zu Strehlen eingenommen. Es betheiligten sich an der in mehrere Treiben zerfallenden Jagd auf Rücknitzer und benachbarten Fluren die Herren Generale v. Rudorff, v. Montbé, v. Leonhardi, Excellenzen, Oberstallmeister v. Ehrenstein, Exc., Generalmajor v. Schönberg, Obersten Schultze, von Hausen und Edler v. d. Planitz, Kammerherren von Arnim, von Friesen, Major von Haugk, Königl. Flügeladjutant v. Friesen-Miltitz, Adjutant Rittmeister Freiherr v. Müller. Die Jagdbeute von 278 Hasen wanderte in die Wild- und Geflügelhandlung des Herrn Hoflieferanten Carl Müller, Johannesstr. 22.

— Geh. Regierungsrath Prof. **Nagel**, hier, erhielt das Comthurkreuz 2. Klasse des Albrechtsordens.

— Das Verdienstkreuz erhielt der Kaufmann Ferdinand **Merkel** in Mylau.

— Se. Königl. Hoheit **Prinz Albert** beehrte gestern mit seinem militärischen Begleiter das Strumpfwaarenhaus des Hoflieferanten Hermann Mühlberg mit seinem Besuche, um verschiedene Einkäufe zu bewirken.

— Der an den deutschen Reichstag zu sendende **Protest** der Bewohner Dresdens und der Umgegend gegen die Aufhebung des **Jesuitengesetzes** ist in zahlreichen hiesigen Geschäften zur Unterschrift ausgelegt. Auch in der Expedition der „Dresdner Nachrichten" (Parterre) werden Unterschriften angenommen. Die gesammte evangelische Stadtgeistlichkeit Dresdens hat beschlossen, den Protest zu unterzeichnen. In demselben wird darauf hingewiesen, daß der Jesuitenorden den Zweck verfolgt, den Protestantismus zu vernichten. „Wir sind daher überzeugt", heißt es daselbst, „daß durch die Rückkehr der Jesuiten und der ihnen verwandten Orden in's Deutsche Reich der konfessionelle Friede in unserem Vaterlande in verderbenbringenden Haß und Kampf verwandelt, die bürgerliche Freiheit, sowie des Glaubens und des Gewissens schwer beeinträchtigt und unsere ganze auf dem Boden der Reformation erwachsene deutsche Kultur arg gefährdet werden würde. Zwar steht die Zulassung des Jesuitenordens in's Deutsche Reich auch in offenem Widerspruche mit unserer sächsischen Staatsverfassung, in deren § 56 es ausdrücklich heißt: „Es dürfen weder neue Klöster errichtet, noch Jesuiten oder irgend ein anderer geistlicher Orden jemals im Lande aufgenommen werden". Gleichwohl würde durch die Aufhebung des deutschen Jesuitengesetzes auch für uns Sachsen die Gefahr entstehen, daß durch die Bestrebungen zu Gunsten der Jesuiten der gerade bei uns bisher so sorgfältig behütete und glücklich bewahrte konfessionelle Friede einer heftigen, in ihren Folgen für unsere staatsbürgerlichen Verhältnisse gar nicht zu ermessenden Störung ausgesetzt sein würde".

— Von berufener Seite werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß der Hinweis in Nr. 353, wonach am heutigen Sonntag bei den **Postanstalten** in Dresden die **Annahmeschalter** wie an den Wochentagen, jedoch nur zur Auslieferung oder Abholung von Packeten geöffnet seien und daß zur Auslieferung bez. Abholung der übrigen Postsendungen nur die an Sonn- und Feiertagen üblichen Dienststunden abgehalten würden, auf einem Mißverständniß beruht. Wie die in derselben Nummer veröffentlichte amtliche Bekanntmachung zum Ausdruck bringt, werden heute die Annahmeschalter bei den Postanstalten in Dresden **ohne irgend welche Beschränkung** hinsichtlich der Annahme bez. Ausgabe

Hotel „Fürst Bismarck" An der Frauenkirche 22 und Neumarkt 5.